Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 18. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Nur Kommissarien.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Zu Anfang der Sitzung sind keine 20 Mitglieder anwesend.

Präsident Frhr. v. Buol: Meine Herren, der Abg. v. Benda feiert heute in beneidenswerther Frische seinen 80. Geburtstag. Sie werden mir gewiß gern Ihre Zustimmung dazu ertheilen, wenn ich dem Herrn Kollegen v. Benda die herzlichsten Glückwünsche des Reichstags übermittelt habe (allseitiger Beifall) mit dem Wunsche, daß es ihm noch lange vergönnt sein möge, dem Reichstage anzugehören. — Ich stelle dies fest.

Die erste Berathung der Anträge Auer und Ancker betreffend das Koalitions- und Vereinsrecht wird fortgesetzt.

Abg. **Rickert** (freis. Vgg.): Obwohl ich meine, daß in dieser Session nichts Positives herauskommt, will ich doch den Versuch machen, zu zeigen, daß es die Pflicht des Reichstags ist, der Verwirrung und dem Unwesen, das auf diesem Gebiete herrscht, ein Ende zu machen. Ich werde daher beantragen, die Anträge einer Kommission zu überweisen mit der Aufgabe, dafür zu sorgen, daß etwas Gesetzliches geschaffen wird. Schon seit 1872 hatten die Anstrengungen des Reichstags, die Regierungen zur Vorlegung eines Reichs-Vereins- und Versammlungsrechts zu veranlassen. Im Jahre 1878 sprach Abg. v. Bennigsen die bestimmte Erwartung aus, daß ein derartiges Gesetz noch in jenem Herbst vorgelegt werden würde. Leider ist der Reichstag, je länger sich die Regierungen ihrer Verpflichtung entzogen haben, immer schwächer geworden und heute müssen wir vor leeren Regierungstischen die Anträge berathen. Es schädigt die öffentliche Moral, wenn das Volk sieht, daß eine verschiedenartige Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts stattfindet und die Sozialdemokraten anders behandelt werden, als andere Parteien. Neben dem allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechte sind die reaktionären Vereinsrechte ein Unding. (Staatssekretär v. Boetticher und Minister v. d. Recke treten in den Saal.) Die Aussichten für die Kommission sind nach meiner Meinung gar nicht schlecht; denn die Arbeit ist nicht so schwierig, wenn man nur mit Muth herantritt und frühere Erklärungen von Rednern aller Parteien lassen das Beste erwarten. Württemberg hat bereits ein freies Vereinsrecht und die wenigsten Sozialdemokraten, während Sachsen und Hamburg mit dem schlechtesten Vereinsrecht die meisten Sozialdemokraten aufweisen. Der Abg. Schall bekämpfte die Ausdehnung des freien Vereins- und Versammlungsrechtes auf die Frauen sogar mit einem Bibelwort des Paulus. Derselbe Apostel hat aber auch gesagt, heirathen ist gut, nicht heirathen ist besser (Heiterkeit), dann verschwinden alle Ihre Mütter und Hausfrauen von der Bildfläche. Ebensowenig wie Sie das süße Posthorn in der Zeit der Eisenbahnen wieder zurückrufen werden, so wenig werden Sie diese Bewegung der Frauen wieder unterdrücken können. Was sie fordern, ist nichts als ihr Menschenrecht! Ist es denn auch so haarsträubend, wenn wir verlangen, daß die Rechte, die die Frauen in einem Theile Deutschlands haben, auf ganz Deutschland ausgedehnt werden? In jenen Ländern sind doch auch nicht die von Ihnen befürchteten schrecklichen Folgen eingetreten. Man will zwischen öffentlichen und politischen Rechten unterscheiden. Die Grenze soll Einer einmal finden nach den Entscheidungen, die in den letzten zehn Jahren ergangen sind. Wir sind jetzt geradezu rechtlos, und das Schlimmste ist die ungleiche Behandlung der einzelnen Klassen. Ich sage Wir. Wenn wirklich das Verfahren gegen die Sozialdemokraten auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes maßgebend werden soll, dann muß der Minister des Innern gegen uns alle vorgehen. Ich wünschte, er sehe einmal, wie es in Pommern zur Zeit der Wahlen beim Bunde der Landwirthe zugeht. Da haben die Gesetze einfach aufgehört zu existiren! Da werden die Gesetze gehandhabt nicht ohne, sondern mit Ansehen der Person. Die Agitatoren des Bundes der Landwirthe sind ja gerade die Leute, in deren Hand die Handhabung der Gesetze liegt. Aber eine Regierung, die das ruhig hingehen läßt, verdient, daß sie bevormundet wird. (Lachen rechts.) Ihr Lachen beweist lediglich Ihre Verlegenheit. (Rufe rechts: Nu!) Soll noch weiter jeder Beamte das Recht haben, nach seinem Belieben die Versammlungen aufzulösen? Nach alledem meine ich, jede Partei hat ein Interesse an der Aenderung dieser Zustände. Aber das Verhalten der Regierung ist auch unzweckmäßig zur Erhaltung unserer Gesellschaftsordnung. Mit solchen kleinlichen Mitteln bekämpft man die Sozialdemokratie nicht, im Gegentheil ihr wächst die Kraft dadurch, so lange noch jeder Fabrikraum zum Versammlungsraum wird, während auf der anderen Seite die Thatkraft der bürgerlichen Parteien erstickt. Nur in der freien Diskussion und einer freiheitlichen Gesetzgebung liegt der beste Schutz der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung.

Staatssekretär Dr. v. Boetticher: Herr Rickert hat am Eingang seiner Rede beklagt, daß niemand am Bundesrathstische anwesend sei. Ich kann sein Bedauern darüber nur theilen, muß aber bemerken, daß wir vorhinein, wie ja auch die große Mehrheit des Hauses, etwas anderes zu thun haben, als den Reichstagssitzungen beizuwohnen. (Heiterkeit.) Dann hat Herr Rickert unter Berufung auf Artikel 4 der Verfassung der Regierung Lässigkeit in Ausübung ihrer Pflichten vorgeworfen. Indeß Artikel 4 legt meiner Ansicht nach der Regierung keine bindenden Verpflichtungen auf, sondern giebt nur den Kreis der Gegenstände an, auf die sich die Kompetenz des Reiches bezieht. Es ist aber auch materiell der Vorwurf unbegründet, weil gerade auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts man mit dem dort geltenden Rechte zufrieden ist; wenn ich sage „man", so meine ich natürlich nicht jeden Bürger; eine Vereinbarung würde darum sehr schwer zu erzielen sein, weil eine ganze Reihe von Regierungen eine „Verbesserung" des bei ihnen geltenden Rechts gar nicht herbeisehnt. Außerdem liegen auch die Verhältnisse so außerordentlich verschieden, daß es gar nicht so leicht sein würde, ein einheitliches Recht zu schaffen. Gegen den Vorschlag des Abg. Rickert, in einer Kommission den Versuch zu machen, etwas Brauchbares und nach allen Richtungen Ausreichendes zu schaffen, haben wir selbstverständlich nichts und wir werden gern die Hand dazu bieten. Aber diese Ueberzeugung muß den verbündeten Regierungen erst gebracht werden. (Lachen links.) Darum bitte ich Sie: Lassen Sie ab mit Ihren Klagen, schaffen Sie etwas! Wird es gut, und finden es die Regierungen auch, dann wird es Gesetz! (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Eine Reform auf diesem Gebiete ist nur auf dem Wege der Landesgesetzgebung möglich, und da bin ich vollkommen bereit, im preußischen Landtage an einer Revision mitzuwirken, aber nicht in dem Sinne, daß Frauen und unmündige Kinder in die Versammlungen geführt werden. Daß ich für eine Erweiterung der Rechte der Frauen bin, habe ich neulich schon dargelegt, aber keineswegs bin ich für die Gewährung voller politischer Rechte, und die Kinder gehören in die Familie, die Schule und die Kirche. Dieser Ansicht sind auch meine politischen Freunde. Wenn der Abg. Rickert meinte, dem direkten, geheimen, gleichen Wahlrecht entspräche das freieste Vereins- und Versammlungsrecht, so bin ich der umgekehrten Ansicht. Den Professor Delbrück und die Frau Glauck als Eideshelfer anzuführen, war Herr Auer nicht berechtigt. Die Bestimmung des Vereinsgesetzes, daß politische Vereine im Lande nicht in Verbindung treten dürfen, muß beseitigt werden; aber das ist nur ein formeller Fehler; beseitigt man diesen, so müssen um so mehr Bestimmungen getroffen werden, die einen Mißbrauch verhindern, namentlich seitens der Parteien, die den Umsturz betreiben. Damit behandelt man die Arbeiter keineswegs anders als die übrigen Bürger. Denn sind denn alle Arbeiter Sozialdemokraten oder umgekehrt? Die Herren, die hier sitzen, sind doch durchaus nicht alle Arbeiter, sondern Unternehmer, Zeitungsschreiber u. dgl. Arbeitgeber und Arbeiter sollen keineswegs mit zweierlei Maß gemessen werden, wohl aber loyale Arbeiter und Sozialdemokraten ꝛc., die den Umsturz wollen. Da darf man sich nicht dadurch täuschen lassen, daß die Sozialdemokraten in neuester Zeit sich auf eine Art Reformpartei hinauszuspielen. Sie wollen die blutige Revolution nach wie vor, und wenn sie die Macht haben, auch auf gewaltsamem Wege vorgehen werden. Der bekannte Artikel der „Hamb. Nachr." war von wichtiger Menschenfreundlichkeit getragen und diktirt. Der Abg. Auer hat an die Kritik dieses Artikels eine Kritik des Fürsten Bismarck knüpfen zu sollen geglaubt. Demgegenüber fühle ich mich verpflichtet, zu sagen: Wenn Fürst Bismarck, der große Staatsmann, ohne den keiner von uns hier sitzen würde, dem die ganze Nation zu unauslöschlichem Danke verpflichtet ist (Beifall), der insbesondere durch seine Wohlfahrtsgesetzgebung für die Arbeiter mehr gethan hat, wie irgend eine Partei hier im Hause, wenn er in dieser Weise hier in diesem Hause beschimpft wird, wie das vom Abg. Auer geschehen ist, so ist das geradezu eine Schande und die Ausdrücke, welche Abg. Auer gebrauchte, fallen mit voller Wucht auf ihn selber zurück. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Dr. von Marquardsen** (nl.): Auch ich muß mein Bedauern darüber aussprechen, daß der Abg. Auer sich zu derartigen Worten gegen den Gründer und ersten Träger des Reichs hat hinreißen lassen; ich begreife, daß eine Partei, die ihre Ziele auf internationalem Wege verfolgen, sich dem Träger der nationalen Idee nicht anschließen können; aber wenn sie ihn bekämpfen, dann sollen sie es wenigstens mit ehrlichen Waffen thun. — Zur Sache sind wir der Meinung, daß die Bestrebungen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes zur Zeit ohne Resultat bleiben müssen. Die Frage aber, ob ein einheitliches Reichs- und Versammlungsrecht wünschenswerth ist, ist natürlich eine ganz andere; diese Frage wird von uns bejaht. Die beiden uns vorliegenden Anträge stehen auf demselben Boden und enthalten keine Bestimmungen gegen den Mißbrauch des Vereinsrechts. Allerdings gleiches Recht für alle wünschen auch wir. Aber die Vorschläge, welche die Sozialdemokraten jetzt machen, können wir in keiner Weise annehmen. Die Vorschläge bezüglich einer Aenderung des Vereinsrechts müssen doch sehr sorgsam erwogen werden, und wenn Hr. Staatssekretär v. Boetticher meint, die Kommission könne zu Vorschläge machen, so meine ich doch, daß wir die Session nicht noch mit mehr Arbeiten belasten sollen, damit der wichtigste Gegenstand derselben, das Bürgerliche Gesetzbuch, zustande komme. Wir werden für die Resolution des Centrums stimmen.

Abg. **Dziembowski-Pomian** (Pole): Wir stehen den Anträgen sympathisch gegenüber und wir müssen in der Kommission versuchen, das Minimum zu suchen, das den Deutschen an Vereins- und Versammlungsfreiheit zu gewähren ist. Namentlich in der Provinz Posen herrscht jetzt vollkommene Rechtlosigkeit.

Abg. **Jokraut** (Antis.): Meine politischen Freunde stellen sich ablehnend beiden Anträgen gegenüber. Gerade durch das Vereins- und Versammlungsrecht, wie die Dinge jetzt liegen, ist meine Partei das geworden, was sie ist. Wir persönlich von Partei wegen haben an einer einheitlichen Ordnung des Vereins- und Versammlungsrechts gar kein Interesse. Wir haben unsere Siege in Sachsen, in Preußen und, was Herrn Rickert besonders interessiren wird, auch in Waldeck geholt, wo gar kein Vereinsgesetz existirt. Darum scheint es mir auf die Bestimmungen des Vereinsgesetzes sehr wenig anzukommen.

Wenn der sozialdemokratische Antrag Gesetz werden würde, so würden wir in Bezug auf das Eherecht auf denselben Standpunkt kommen wie die Amerikaner, und das ist doch sicher nicht zu wünschen. Die Sozialdemokraten allerdings blicken mit höhnischem Lächeln.

Vicepräsident **Schmidt**: Ich glaube nicht, daß Sie von einer Partei sagen dürfen, sie habe ein höhnisches Lächeln (Heiterkeit). Ich bitte das Gesetz a limine abzulehnen.

Minister v. d. Recke: Wir Deutschen haben geselliges Wesen, wir sind ein ζῶον πολιτικόν im Superlativ und vereinigen uns schließen uns zusammen in zu hohem Maße, und das hat auch sein Mißliches. Ich glaube, man sollte das heute uns beschäftigende Thema nicht ohne zwingende Veranlassung in den Vordergrund ziehen. (Sehr richtig! richtig.) Der preußischen Regierung ist der Vorwurf gemacht worden, als handhabe sie das Vereins- und Versammlungsrecht in ungerechter willkürlicher Weise (Zustimmung links und Ruf bei den Sozialdemokraten: Das ist notorisch!) Dagegen muß ich entschieden protestiren. Wenn auch einmal hier und da ein Verstoß dagegen vorgekommen sein mag, so ist das doch kein Grund, von einer allgemeinen tendenziösen Handhabung des Gesetzes zu sprechen. Wir handhaben das Vereins- und Versammlungsrecht gerecht, aber auch fest und letzteres ist heutzutage nothwendig. Auch die Schließung der sozialdemokratischen Wahlvereine in Berlin war eine durchaus gerechte und keineswegs willkürliche Maßregel (Widerspruch links.) Die Sache, die mehr Staub aufgewirbelt hat als sie verdient, schwebt noch vor den Gerichten, daß bemerke ich nur. Man argumentirt einmal. Die Sache ist gesetzlich, aber uns unbequem; daher müssen wir das Gesetz ändern. Dieser Argumentation kann ich folgen. Andere wieder sagen: es wird nur gegen diese eine Partei vorgegangen, deshalb ist das Vorgehen willkürlich, wenn auch gesetzlich, es handelt sich hier aber thatsächlich um zweierlei, und ich muß dringend davor warnen, anscheinend gleichartig liegende Fälle auch als gleichartig zu behandeln. Für die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen ist eine ganze Reihe thatsächlicher Voraussetzungen nöthig, und man kann nicht einfach davon sprechen, als handle es sich hier um eine willkürliche Maßregelung. Die Sache wird jetzt also von den Gerichten entschieden werden, und ich kann nur sagen, es hat eine Prüfung aller in Betracht kommenden Fälle stattgefunden und es hat bis jetzt keine Veranlassung vorgelegen, gegen andere einzuschreiten, weil es an den thatsächlichen Voraussetzungen dazu gefehlt hat.

Der zweite Punkt, auf den ich hinwies, betrifft Herrn Rickert, der sagte: in Pommern hätten die Gesetze gegenüber dem Bunde der Landwirthe aufgehört zu gelten. Es mag einmal ein Verstoß vorgekommen sein; aber wie kann Herr Rickert da so verallgemeinern und behaupten, die Gesetze hätten dort aufgehört. Davon ist gar keine Rede. (Beifall rechts.)

Abg. **Grillenberger** (Soz.): Etwas Schlechteres als das jetzige Vereins- und Versammlungsgesetz kann in den Einzelstaaten nicht mehr geschaffen werden, und darum haben wir versucht, im Reiche vielleicht etwas zu erreichen. Von Herrn v. Stumm hat mich gefreut, daß er die Bismarck'sche Abschlachtungstheorie als etwas durchaus Menschenfreundliches hingestellt hat. Wir hatten allerdings nichts anderes von ihm erwartet, seine Aeußerung kann uns nur von Nutzen sein. Dem Abg. v. Marquardsen gegenüber möchte ich doch behaupten, daß wir noch recht gut in dieser Session ein Vereinsgesetz schaffen könnten. Die Bemerkungen des Ministers von der Recke sind gegenüber dem massenhaften Material, das wir für eine ungerechte Handhabung des Vereinsrechts beibringen können, ganz ohne Bedeutung. Es ist ein Nothstand auf diesem Gebiete vorhanden, gegen den Abhülfe geschaffen werden muß. Die Maßregelungen unserer Partei können uns nur nutzen, aber vom Standpunkt des strengen Rechts, auf dem wir stehen, müssen wir gegen jede Ungerechtigkeit ankämpfen. Daß der Bund der Landwirthe eine Organisation hat, die gegen das Vereinsgesetz verstößt, ergiebt doch unzweifelhaft sein Statut. Die Herren vom Bunde der Landwirthe thäten übrigens besser, bei solchen Verhandlungen hier anwesend zu sein und nicht im Circus Busch. (Sehr richtig! links.) Wirthschaftliche Bestrebungen sind heutzutage nicht mehr von politischen zu trennen und darum kann man nicht eine verschiedene Behandlung wirthschaftlicher und politischer Vereine vornehmen. Ein einheitliches allgemeines Gesetz ist hier unbedingt nothwendig. In Bayern steht man in Bezug auf das Vereinsrecht und seine Anwendung noch auf einem niedrigeren Niveau wie in Preußen, da hier wenigstens noch, wie die Bewegung in der Konfektionsbranche zeigt, Frauen an Versammlungen theilnehmen können, ohne daß eine polizeiliche Auflösung erfolgt, während in Bayern Frauen und Minderjährige von Versammlungen ausgeschlossen sind.

Abg. **Lenzmann** (fr. V.): Herr Staatssekretär v. Boetticher hat heute dem Artikel 4 der Verfassung eine Interpretation gegeben, wie ich nie gehört habe. Artikel 4 der Verfassung nöthigt, wie früher der Reichstag mit sehr großer Majorität anerkannt hat, die Reichsregierung, Mißstände in den Einzelstaaten zu beseitigen, und wir müssen die Regierung auffordern, nun auf diesem Gebiete ihre verfassungsmäßige Pflicht auszuüben. Die Buntscheckigkeit des jetzigen Vereinsrechtes in Deutschland kann sich für jeden Staatsbürger unter Umständen sehr unangenehm bemerkbar machen. Die schwache Resolution des Centrums genügt keineswegs. Ich wünsche auch, daß die Kommission einen Gesetzentwurf ausarbeitet, zu dem dann die Regierung Stellung nehmen muß. Die beiden jetzt vorliegenden Gesetzesanträge sind allerdings unbrauchbar und müßten bedeutend umgeändert werden. Redner geht auf die Gesetzesanträge näher ein und sucht deren Mangelhaftigkeit nachzuweisen und fährt dann fort: Verweisen wir also diese Anträge an eine Kommission und sehen wir dann, was daraus wird!

Die Diskussion wird darauf geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. **Auer** (S.), daß er am 29. Januar betreffs des bekannten Artikels in den „Hamb. Nachr.", der Bismarck zugeschrieben werde, von einer befremdlichen Gewissenlosigkeit und Frivolität gesprochen habe, die in dem Artikel hervortrete und geradezu provozirend wirken müsse. Davon habe er kein Wort zurückzunehmen.

In seinem Schlußworte führt

Abg. **Lütgenau** (Soz.) eine Reihe von Fällen an, in denen auf Sozialdemokraten das Vereinsgesetz anders angewendet worden sei, als auf andere Parteien und sucht dadurch die Ausführungen des Ministers von der Recke zu widerlegen. Redner tritt sodann namentlich auch im Interesse der Frauen für den sozialdemokratischen Antrag ein. In Belgien, Holland, Frankreich, Amerika und der Schweiz hätten die Frauen schon die Rechte, die sie hier in Deutschland nun für dieselben forderten. Bemerken müsse er noch, daß jetzt unter dem Nachfolger des Herrn von der Recke bezüglich der Zulassung von Frauen zu politischen Versammlungen im Regierungsbezirk Düsseldorf eine mildere Praxis gehandhabt werde. Er sei doch neugierig, zu erfahren, ob das auf einer allgemeinen Verfügung beruhe oder nur an der Persönlichkeit des Nachfolgers des jetzigen Ministers liege. Zum Schlusse hat Redner um eine Annahme des Antrages Auer.

Nach einem weiteren Schlußworte des

Abg. **Munckel** (fr. Vp.), in welchem er konstatirte, daß im Laufe der Debatte sich ergeben habe, daß niemand mit dem jetzigen Zustande auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens so recht zufrieden, also eine Aenderung nöthig sei, und anführt, daß in Sachsen sogar ein einzelner Vertrauensmann als Verein aufgelöst worden sei. (Heiterkeit.)

Es werden die Anträge Auer und Ancker an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Militäretat).

Schluß 5½ Uhr.

Generalversammlung des Bundes der Landwirthe.

F. Berlin, 18. Febr. 1896.

Obwohl der Beginn der Generalversammlung des Bundes der Landwirthe auf 1 Uhr mittags angesetzt war, so fluthete schon eine Stunde vorher eine solch kolossale Menschenmenge nach dem an der Neuen Promenade belegenen Circus Busch, daß die weiten Räume in wenigen Augenblicken bis auf den letzten Platz gefüllt waren.

Der Vorsitzende des Bundes, Abg. von Plötz-Döllingen eröffnete die Versammlung mit etwa folgenden Worten: M. H. Wir sind wohl berechtigt, zu fragen: was hat der Bund bisher geleistet? Er hat die schweren Zeiten nicht dannen können, und nur in geringem Maße hat er den Landwirthen Vortheile gebracht. Und doch, seine Leistungen müssen jedem klar werden, der sieht, wie fest der Bund dasteht, dem alle Mitglieder in Nord und Süd angehören, und wie die Angriffe unserer Gegner, die Verleumdungen ihrer stets feilen Presse immer schärfer werden und immer erfolgloser abprallen an dem festen Gefüge des Bundes. Dies ist nur möglich, weil unser Ziel ein hohes, nationales ist, getragen von einem Patriotismus, der nicht nach den Erfolgen des Momentes ausschaut, sondern der seine Ziele aufbaut nicht zu Nutz und Frommen eines einzelnen Standes, sondern zur Festigung und Stärkung des Gesammtvaterlandes. Die deutsche Landwirthschaft muß wieder zur Ruhe kommen und der Landwirth muß wieder, wenn auch geringen Lohn seiner Arbeit finden. Dem Handwerk muß wieder ein goldener Boden gegeben werden, und der ehrliche und redliche christliche Gewerbetreibende und Kaufmann muß geschützt werden vor der unlauteren und unreellen Konkurrenz, vor dem Ueberwuchern eines schamlosen, unchristlichen Ausfangungssystems. Das sind die Forderungen, an deren Erfüllung Regierung und Parlament mithelfen müßten. Weit gefehlt. Es wird entgegnet: Deutschland muß ein Industriestaat werden, wir treiben Brotwucher, unsere Agitation für den Antrag Kanitz sei gemeingefährlich. (Rufe: Pfui!) Diese Worte sind maßgebend für die Regierungskreise, denn sie sind niemals widerrufen worden, von uns aber fordert man Loyalität, die wir nie vergessen und verlassen haben. Wir haben wenigstens erreicht, daß endlich fast überall die Erkenntniß durchgedrungen ist, daß ein Nothstand besteht und aufzuheben, daß die verbündeten Regierungen festen Willen bezeugt haben, die bessernde und helfende Hand anzulegen. — Der Redner erörterte hierauf die verschiedenen „kleinen Mittel," die geeignet seien, der Landwirthschaft zu helfen, und bezeichnete ein schnelleres Tempo zur Durchführung derselben als dringende Nothwendigkeit, wenn diese nicht zu spät kommen sollen. Jeder Landwirth muß aber verpflichtet werden, bei den Wahlen nur solchen Männern seine Stimme zu geben, die sich verpflichtet haben, für die drei „großen Mittel" (Antrag Kanitz, Einführung der Doppelwährung und für eine strenge Börsenreform) einzutreten. Wir werden die „kleinen Mittel" gern annehmen, aber schützen können dieselben die deutsche Landwirthschaft nicht vor dem Ruin. Dazu gehören andere, größere Mittel. Gebe Gott, daß dieselben bald kommen. Die Landwirthschaft kann nicht warten, deren Ruin bringt alles ins Wanken, was noch hoch und heilig ist. Wenn der ungesetzene Bauernsohn aus der Armee verschwindet, dann verschwindet der beste Kern der Armee. Und wie wollen Sie unsere Offizierscorps erhalten, deren Wiege größtentheils auf dem Lande stand, und um die uns alle Kulturländer beneiden? Wollen Sie diese Offiziere etwa ersetzen durch Sprossen der rothen und goldenen Internationale? Man verlangt von uns immer Vertrauen zu den Rathgebern der Krone. Allein Vertrauen gegen Vertrauen, das sei die Losung. Wohlwollende Worte und warme Herzen allein können uns nichts nützen, nur Thaten können uns retten. Verzagen werden wir wahrlich nicht, wir werden weiter kämpfen in klarer und zielbewußter Weise. Wir

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960219020/fragment/page=0001

werden vor allem das eine Vertrauen nie verlieren, daß unser Kaiserhaus sich im rechten Momente erinnern wird, daß der treue deutsche Bauernstand die schönste Perle, das herrlichste Kleinod der Krone ist, und daß daher der Bauernstand der Vernichtung nicht preisgegeben werden darf, weil er niemals in seiner Eigenart wieder zu ersetzen ist. Der Redner endete unter stürmischem Beifall der Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, in das die Versammlung dreimal begeistert einstimmte. — Der Redner forderte hierauf die Versammlung auf, am Ausgange Geldbeiträge zur Herbeiführung agrarischer Wahlen zu leisten.

Direktor Dr. Sachs-Berlin erstattete hierauf den Geschäftsbericht. Danach sei der Bund im Aufblühen begriffen. Seine Organe, „Die deutsche Tageszeitung", „Der Bund der Landwirthe" und die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe" haben an Abonnentenzahl wesentlich zugenommen. Die Mitgliederzahl des Bundes belaufe sich auf 197,000. Es seien allerdings im verflossenen Jahre 24,000 Mitglieder ausgetreten, dafür aber 25,000 beigetreten. Eine erfreuliche Thatsache sei es, daß die große Mehrheit der neuen Mitglieder aus dem Westen und Süden des Vaterlandes kam und daß nur 2 Proz. aller Mitglieder dem Großgrundbesitzerstande angehören. In dem Bunde der Landwirthe reichen sich eben der Edelmann, der Bürger und Bauer brüderlich die Hand. Der Bund der Landwirthe könne aber auch nur immer vorwärts kommen, denn er kämpfe bewaffnet mit der ganzen Bildung seines Jahrhunderts. (Stürmischer Beifall.) Wenn die Mitglieder des Bundes ferner wie ein Mann zusammenstehen, dann werde der Bund stets ein Schutz und Bollwerk für die landwirthschaftlichen Interessen werden. (Stürmischer Beifall.) Der Bund habe aber auch die Förderung der materiellen Interessen seiner Mitglieder im Auge. Er habe u. a. im vergangenen Jahre 700,000 Ctr. Düngemittel an seine Mitglieder verkauft. Die Ausgaben des Bundes betrugen 494,000 M. Leider sei am 31. Dezember 1895 ein Defizit von 22,000 M. vorhanden gewesen, das aber bereits auf 6000 reduzirt worden sei. Eines der erfreulichsten Ereignisse sei die Entlassung des Grafen Caprivi gewesen. (Stürmischer Beifall.) Der Abschied von diesem Manne für die deutsche Landwirthschaft war kurz und schmerzlos. (Stürmischer Beifall.) Der Redner wies alsdann darauf hin, daß die Einnahmen der deutschen Landwirthschaft im vergangenen Jahre um 2 Milliarden zurückgegangen seien. Die Grundschulden seien um 200 Millionen Mark gestiegen. Vor kurzer Zeit habe im hiesigen Rathhause ein sogenannter preußischer Städtetag getagt, der einen Kampf gegen die Agrarier aufnehmen wolle. Die Herren Oberbürgermeister vergessen nur, daß die großen Städte sämmtlich ihren Glanz und ihr Wachsthum dem platten Lande verdanken. Wenn es mit der Landwirthschaft weiter bergab gehe, dann dürften die Subhastationen auch in den großen Städten immer größer werden. Wir müssen mit allen Kräften dafür eintreten, daß das Aschenbödel, die deutsche Landwirthschaft, zum ersten Fürstenkinde, d. h. zu der Stellung erhoben würde, die es als erster Stand zu beanspruchen habe. (Stürmischer Beifall.) Wir halten es mit dem Fürsten Bismarck. (Stürmischer Beifall.) Er schließe mit dem Ausspruche des Fürsten Bismarck: „Für Aar und Halm." (Stürmischer Beifall.) Auf Antrag des Abgeordneten von Herder wurde hierauf dem Vorstande Decharge ertheilt.

Dr. Rösicke wies den Vorwurf zurück, daß diese Versammlung eine demagogische sei. Der Antrag Kanitz sei abgelehnt worden ohne jeden Grund. Die Landwirthe werden aber immer wieder mit dem Antrage kommen, weil er diktirt sei von der Nothwendigkeit von der Erhaltung des Bauernstandes. (Stürmischer Beifall.) Die Landwirthe wollen keinen Brotwucher. Wir wollen nicht die Getreidepreise von 1891 wieder einführen; diese Preise haben nicht uns, sondern nur der Börse genützt. (Stürmischer Beifall.) Man macht uns den Vorwurf der Oberflächlichkeit. Nicht wir, sondern die Regierung ist oberflächlich. (Stürmischer Beifall.) Ja, man hat sogar den Muth, uns gemeingefährlich zu nennen. (Rufe: Pfui!) Ja, man hat uns sogar unsere Königstreue abgesprochen. (Rufe: Pfui!) Wir weisen diese Vorwürfe mit aller Entschiedenheit zurück. (Stürmischer Beifall.) Nichter unserer Königstreue kann nur Gott und unser Gewissen sein. (Stürmischer Beifall.) Nirgends ist Königstreue und Christenthum mehr zu Hause als auf dem Lande. (Stürmischer Beifall.) Unser Wahlspruch ist: Vaterland, Monarchie und Christenthum. Für deutsche Art und deutsches Wesen. (Stürmischer Beifall.) Der Redner theilte im weiteren mit, daß vom Ausschuß des Bundes der Landwirthe ein Initiativantrag für ein neues Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz im Reichstage eingebracht worden sei. — Der Vorsitzende v. Plötz verlas hierauf eine große Anzahl Begrüßungstelegramme, die zum Theil auch aus Oesterreich eingegangen waren.

Alsdann bemerkte Abg. v. d. Gröben-Arenstein, daß er sich als ein gemeingefährlicher Mann und als ein sogenannter Konservativer vorstelle. (Beifall und Heiterkeit.) Wir wollen keineswegs schreien, denn wer schreit hat Unrecht. (Beifall.) Wir stehen auf dem Boden des Rechtes und der Wahrheit und haben daher nicht nöthig zu schreien. (Stürmischer Beifall.) Daß wir im Reichstage mit unseren Forderungen unterlegen sind, ist nicht zu verwundern. Von dem gegenwärtigen Reichstage ist nicht mehr zu verlangen. Unsere Aufgabe ist, dafür zu wirken, daß andere Männer in den Reichstag gewählt werden, die ein Herz und ein Verständniß für die deutsche Landwirthschaft haben. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Graf Kanitz-Podangen, mit stürmischem Beifall empfangen, bemerkte: Die deutschen Landwirthe lassen die Hoffnung nicht sinken. Es muß der deutschen Landwirthschaft geholfen werden, denn der Ruin der deutschen Landwirthschaft bedeute den Untergang des Vaterlandes. (Stürmischer Beifall.) Wir kämpfen wahrlich nicht für Sonderinteressen, sondern für Thron und Reich. (Stürmischer Beifall.) Wenn es uns gelingt, unsere Forderungen ins Volk zu bringen, dann werden wir zweifellos siegen. (Stürmischer Beifall.)

Rittergutsbesitzer Frhr. v. Wangenheim-St. Spiegel meinte: Die Konservativen brauchen es sich nicht weiter zu Herzen zu nehmen, daß sie von einer Regierung bekämpft werden, deren Hauptstützen die Freisinnigen und die Sozialdemokraten sind. (Stürmischer Beifall.)

Der Weltenbrei-Kummerdorf in Baiern brachte einen Gruß von den Landwirthen in Baiern und brachte auf den Vorstand des Bundes ein dreifaches Hoch aus.

Inzwischen war folgender Antrag eingegangen:

1. „Der Bund der Landwirthe nimmt zu den sogenannten großen Mitteln die nachfolgende Stellung:

a) Der Bund der Landwirthe steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß der Kornbau die natürliche Grundlage der deutschen Landwirthschaft bildet und daß von den zu seiner Erhaltung und Hebung vorgeschlagenen Mitteln der Gesetzentwurf über die Befestigung der Getreidepreise auf mittlerer Höhe zu einem schnellen und sicheren Erfolge führen werde. Wir erachten die schroffe Zurückweisung unserer Anträge seitens des preußischen Landwirthschaftsministers umsomehr als von demselben nicht beliebt worden ist, in eine sachliche Beurtheilung der von uns vorgebrachten Gründe einzutreten. Die Ausführungen der Vertreter der verbündeten Regierungen haben unsere Ueberzeugung von der Durchführbarkeit und Wirksamkeit der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zu erschüttern vermocht. Auch der Bund der Landwirthe bedauert es auf das Tiefste, daß, obwohl die Landwirthschaft in allen Goldwährungsländern schwer unter dem drückenden Währungsverhältnisse leidet, bei der Erörterung des Reichskanzlers im Reichstage die deutsche Landwirthschaft nicht einmal erwähnt ist. Der von den verbündeten Regierungen zur Lösung der Währungsfrage eingeschlagene Weg konnte nur zu einem Nichterfolge führen und muß den Eindruck hervorrufen, daß eine Lösung zur Zeit nicht erwünscht werde.

b) Der Bund der Landwirthe erwartet, daß die verbündeten Regierungen unbeirrlich und mit aller Kraft an die Lösung der Währungsfrage herantreten werden, sobald die von Seiten Frankreichs, Nordamerikas oder Englands die Bereitwilligkeit, in Verhandlungen einzugehen, verlautbart.

c) Die Forderung einer gründlichen Reform der Börse ist allgemein als begründet anerkannt. Weder der hierzu von den verbündeten Regierungen vorgelegte Gesetzentwurf, noch das Auftreten der Vertreter derselben bei den Berathungen der Reichstagskommission kann den berechtigten Forderungen genügen.

d) Das Differenzspiel in Getreide und Mühlenfabrikaten ist zu verbieten.

2. Was die sogenannten kleinen Mittel betrifft, so kann der Bund der Landwirthe von der Durchführung derselben einen bedeutsamen Erfolg nicht erhoffen. Der Bund wird trotzdem nicht nur seinerseits geeignete Vorschläge in dieser Richtung machen, sondern auch die von anderer Seite gebrachten eingehender Prüfung unterziehen. Wir erwarten von den zu ihrer Berathung berufenen Körperschaften, daß auch sie dieselben in dem oben gekennzeichneten Sinne prüfen und dementsprechend deren schleunige Durchführung betreiben."

Es sprachen noch Redacteur Dr. Oertel-Berlin und Rittergutsbesitzer v. Lohe, der dem Landwirthschaftsminister das Verständniß für die Interessen der Landwirthschaft absprach. Der Vorsitzende ertheilte hierauf dem Dr. Lindström-Goslar das Wort. „Liebermann von Sonnenberg" ertönte es jedoch in stürmischer Weise von allen Seiten. Der Vorsitzende beruhigte die Versammlung mit dem Bemerken, daß Liebermann von Sonnenberg noch das Wort erhalten werde.

Alsdann empfahl Dr. Lindström die mitgetheilte Resolution, die alsbald einstimmig zur Annahme gelangte.

Rittergutsbesitzer v. Diest-Daber: Ich freue mich über diese Cirkusvorstellung. (Heiterkeit.) Sie zeigt uns, daß die Versammlung keine gemachte ist. Was ein solcher Minister sagt oder nicht sagt, kann uns ganz schnuppe sein. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) Ohne die deutsche Landwirthschaft kann das Deutsche Reich nicht bestehen. (Stürmischer Beifall.) Wir müssen allerdings dem Landwirthschaftsminister Gelegenheit geben, seine Angriffe zurücknehmen. Der Redner sprach im weiteren sein Bedauern aus, daß die „Deutsche Tageszeitung" einen Artikel von ihm nicht aufgenommen habe. Er habe geschrieben: es dürfe kein Landwirth mehr das Haus des Ministers betreten, ehe dieser seinen Angriff zurückgenommen habe.

Obermeister Beck-Berlin, der erklärte, daß er von Liebermann v. Sonnenberg mit antisemitischem Oele gesalbt worden sei, betonte, daß die Handwerksmeister mit den Landwirthen Hand in Hand gehen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg, mit stürmischem Beifall empfangen, meinte: Es sei nicht richtig, daß wer schreie unrecht habe. Oftmals haben auch die Schreier recht. Minister v. Hammerstein habe unzweifelhafte Verdienste um die Landwirthschaft. Das Wort „gemeingefährlich" acceptiren wir für uns als Ehrentitel. (Stürmischer Beifall.) Wir sind gesäßrlich allem Gemeinen, allem Streberthum und dem Großjunkerthum. (Stürmischer, sich immer von neuem wiederholender Beifall).

Gutsbesitzer Lucke-Petershausen (Württemberg) überbrachte Grüße von den Landwirthen in Württemberg, Baden und Hessen-Nassau.

Abg. Frhr. v. Langen sprach seine Verwunderung aus, daß die Börse noch niemals für gemeingefährlich erklärt worden sei.

Aschendorf-Berlin forderte die Versammelten zum Beitritt in den deutschen Bimetallistenbund auf.

Es sprachen noch Winter-Schwindmühl, Frhr. v. Hennenberg und Major a. D. Endel. Danach wurde die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Bund der Landwirthe geschlossen.

Petroleum.

• **Stettin**, 18. Febr. Loco 10,10.

• **Hamburg**, 18. Febr. Petroleum loco ruhig, Standard white loco 5,85.

• **Bremen**, 18. Febr. (Börsen-Schluss-Bericht) Raffinirtes Petroleum. (Offic. Notirung der Bremer Petroleum-Börse) Ruhig. Loco 6,05 bez. Russisches Petroleum. Loco 6,05 Br.

Berliner Börse vom 18. Febr.

Bank-Diskonto

Berlin Wechsel 3, Lomb. 3½ u. 4
Amsterdam 2½, Brüssel 2½
Petersburg 5½, Wien 4.
London 2. Paris 2.

Deutsche Fonds- u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3½	— —
Berliner Stadt-Obl.	3½	102,10B
do. do. 1892	3½	104,00bz
Magdeburger St.-Anl.	3½	102,40B
do. do. neue	4	103,00
Westpr. Prov.-Anl.	3½	102,20bz
Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	104,70bz
Bairische Anleihe	4	105,50bz
Braunschw. 20Thlr.-Loose	—	135,40bz
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	139,00bz
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	135,60B
Meininger 7 fl.-Loose	—	23,40B
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	131,40bz

Ausländische Fonds.

Argent. Gold-Anl. 5%	—	57,40bz
do. innere do. 4½%	—	50,00bz
Barletta 100 Lire-Loose	—	25,25B
Bukar. Stadt-Anl. 1884	5	99,90B
do. do. 1888	5	99,80G
Chilen. Gold-Anl. 1889	6	— —
Egyptische priv. Anl.	3½	— —
do. do. do.	4	— —
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	27,70B
Griech. Anl. 1881—84	—	28,00bz
do. kons. Goldrente	—	— —
do. Monopol-Anl.	—	— —
do. Gd.-Anl. v. 1890	5	— —
Mailand. 10 Lire-Loose	—	13,40G
Mexikaner Anl. à 100.	6	94,00B
do. do.	6	94,00B
Norweg. Staats-Anl. 88	3	— —
Oesterr. 1860er Loose	5	151,90bz
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	102,60bz
Russ. Gold-R. 1884	5	— —
Russ. Orient.-Anl. III	4	— —
do. do. III.	4	— —
do. Nicolai-Oblig.	4	— —
do. Boden-Kredit	5	121,00bz
do. do. gar.	4½	104,40bB
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	194,00bz
do. do. 1866	5	176,00bz
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	— —
do. do. 1890	3½	— —
do. Hyp.-Pfdbr. 1879	4½	— —
do. do. 1878	4	105,10G
Spanische Exterieure	4	— —
Türkische Anleihe	1	— —
do. Administ.	5	92,30bz
do. 400 Frcs.-Loose	—	114,00bz
Ungarische Gold I.-A.	4½	104,00G

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	12½	214,25bz
Admiralsgarten-Bad	4	84,25bz
Anhalter Maschinen	0	36,00bz
Annaburger Steingut	—	166,00bz
Archimedes	4½	104,25G
Bauges. Berl. Charlbg.	7,8	853,00G
do. B.-Wilmersd. T.-G.	26	729,00bz
Bazar	10	— —
Braunschweiger Jute	12	180,10bz
Berl.-Anh. Maschinen	6	126,00bz
Berliner Bockbrauerei	8	191,25bz
do Brauerei Königst.	6	143,00bz
do. Union Gratwell	5½	132,90bz
Berl. Eisenb.-W. Janke	8	138,75G
Breslauer Oelwerke	3½	96,25bz
Butzke, Metallindustr.	4	145,00bz
Charlottib. Wasserwerk	9	216,00bz
Chem. Fabr. Schering	15	237,00bz
Chemn. Masch. Zimm.	3	121,75bz
Dessauer Gas	10	201,00G
Egestorff-Salzwerke	8	144,25bz
Elberfeld. Farbenfabr.	18	312,00bz
Erdmannsdorf. Spinn.	0	94,90bz
Freund. Masch. konv.	13	243,25G
Harburg-Wien. Gummi	22	324,25G
Harkort St.-Pr. konv.	1½	99,00bz
do. Brückenb. konv.	7½	132,75B
do. do. St.-Pr.	8½	151,50bz
Hirschberger Masch.	8	133,50G
Hepling & Th. Eisenz.	4	116,50G
Kurfürstendamm-Ges.	—	1 710
La Veloce, Ital. D.	0	75,10G
Ludw. Löwe & Co.	20	331,00bz
Mälzerei Wrede	4½	91,00bz
Magdeburger Baubank	2	66,50bz
Magdeb. Pferdebahn	6	182,00bz
Neuroder Kunstanstalt	5½	110,00bz
Nordd. Eiswerke	4	79,75bz
Omnibus-Gesellschaft	12	249,00G
Oppeln. Portl.-Cem.	7½	128,00G
Passage	4	95,75bz
Pferdebahn, Breslauer	8	179,00G
Saline Salzungen	7	110,00bz
Sangerhäuser Masch.	22½	— —
Schäffer u. Walcker	2	9,10G
Schlesische Cement	10½	176,50G
Schwartzkopff	13½	262,50bz
Siemens Glas-Industr.	11	190,00bz
Stettiner Chem. Didier	15	224,00bz
Sudenburg. Maschin.	20	198,60G
Thüringer Salinen	5½	86,30G
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	13	202,00bz
Westf. Draht-Industrie	8	139,00G
do. Union konv.	7	— —
do. 6% St.-Pr.	7	156,00bz
Wittener Gues	6½	148,50G
Wilhelmshütte	1½	61,00bz
Zuckerfabr. Frankstadt	0	122,25bz

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig.

Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	101,60G
do. v. 1890	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4	— —
Saalbahn	3½	— —

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	4	66,60bz
Dortmund-Gronau-E.	4	— —
Marienb.-Mlawkaw.	4	125,00bz
Ostpreuss. Südbahn.	4	119,30bz

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	52,30bz
do. Mittelmeerb. etfr.	4	94,60bz
Lemberg-Czernowitz.	4	99,00bzB
Oest.-Frz. Staatsb., alte	3	94,60G
do. Ergänzungsn.	3	94,75G
do. Gold-Pr.	4	104,10G
Oesterr. Lokalbahn	4	102,40bzG
do. Nordwestbahn	5	111,30bzG
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	72,60G
do. Obligationen	5	110,60bzG
Ungar. Nordostbahn	4	— —
do. do. Gold-O.	4½	105,65bzG
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	102,50bz
Ungarogrod-Dombr. gar.	4½	— —
Kosl.-Woronesch Obl.	4	100,20bzG
K.-Charkk.-Asow (Obl.)	4	100,20bzG
Kursk-Kiew	4	100,80bz
Mosco-Kursk	4	98,00B
Mosco-Rjäsan	4	101,75B
Mosco-Smolensk	5	103,90bz
Rjäsan-Koslow	4	100,40bz
Rjasehk-Morczansk	5	— —
Rybinsk-Bologoye	5	100,00G
Russ. Südwestbahn	4	102,00G
Transkaukasische	3	89,90G
Warschau-Wiener Ger	4	104,30bz
do. IX. Ser.	5	103,00G
Wladikawkas Oblig.	4	102,10bzG
Manitoba rz. 1933	4½	101,60bz
Northern-Pac. I. b. 1921	6	113,50G
do. II. „ 1933	6	— —
do. III. rz. 1937	6	75,50bz
do. do.	6	38,60bzG
S. Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	106,50G
do. do. do.	6	95,00bzG
Central-Pacific	5	91,90G
Antolische	5	89,00bzG
Portug. Eisenb. O. 1886	3	68,50bzG
do. 1889	3	38,20bz
Serb. Eis.-Hyp.-Obl. A.	5	— —
do. Lit. B	5	— —

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	2½	88,60bz
Altenburg-Zeitz	10	— —
Bresl.-Schweidnitz-F.	10	— —
Halberst.-Blankenb.	9½	130,50bz
Ital. Meridional-Eb.	6⅜	118,60bz
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	91,25bz
Ludwigshaf.-Bexbach	10	241,60bz
Saalbahn	2⅜	— —
Weimar-Gera	0	— —
Werrabahn	2½	— —

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aussig-Teplitz	15	— —
Böhmische Nordbahn	8	— —
do. Westbahn	10	— —
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	— —
Graz-Köflach	5	— —
Kaschau-Oderberg	4	— —
Kronpr. R. St. Seb.	7	99,90B
Lemberg-Czernowitz	7½	— —
Oesterr. Nordwestb.	5½	— —
do. B. Elbethalb.	5⅝	— —
Südösterreich (Lomb.)	4⅝	43,30bz
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ivangor-Dombrowo	5	— —
Kursk-Kiew	5⅝	— —
Warschau-Terespol	5	— —
Warschau-Wien	19⅝	277,25bz
Cauasla-Pacific	2½	53,75bz
Gotthardbahn	7,4	171,60bz
Ital. Meridionaux	6⅜	118,60bz
do. Mittelmeerbahn	5	89,00B
do. do. stfr.	5	89,10bz
Lüttich-Limburg	4⅝	39,40bzB
Luxemb. Pr.-Lit.	4	99,20bzB
Schweiz. Centralbahn	5½	131,90bz
do. Nordostbahn	6	128,40bz
do. Unionbahn	4	87,60bz

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	102,25bz
D. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	106,60bzG
do. V. rz. 100	3½	100,50bzG
do. VII. unkb. b. 1903	4	104,75G
Deuts. Grundsch. Obl.	4	101,20bzG
do. do. V. IV.	4	105,30G
Deuts. Hyp.-B.-Pfdbr.	4	102,10bzG
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	100,80bz
do. unkdb. bis 1900	4	103,60bz
do. alte Ser. 1-45	3½	100,30bz
do. S. 46-105, ult. 1905	3½	101,50bz
Meininger. Hyp.-Pfdb.	4	100,20G
do. ab 1. 1. 98 31½%	4	101,40G
do. II. unkdb. bis 1900	4	104,00bzG
do. „ Präm.-Pfdbr.	3½	101,30bzG
Nordd. Gr.-Cred. Pfdb.	4	104,60bz
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	104,10G
Ostpreussische	3½	100,60bzG
Pom. Hyp. III. IV. neue	4	103,00bzG
do. V. VI. b. 1900 unk.	4	103,40G
do. VII. VIII. 1904 ukb.	4	105,50bzG
Posensche	4	101,90B
P.B.-C.-Pfd.I.II.rz 110	5	117,00G
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	108,50G
do. XIII. rz. 100	4	104,00bzG
Pr. Centrb.-Pfdb. rz. 106	4	100,10bzG
do. do. do. 1900	4	104,25G
do. do. 1900	3½	101,25bz
Pr. Hp.-A.-B. VII.-XII.	4	101,60bzG
do. do. XV.-XVIII.	4	103,90bzG
Pr. Hp.-V.-A.-G.-Cert.	4	100,00bzG
do. do. 1905	4	105,10G
do. do. Cert.	3½	100,00bzG
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1905	3½	101,40G
do. do. Kleinb.	—	— —
Pr. Ob. unk. b. 1904	3½	102,00G
Sächsische	—	— —
do.	3½	102,20bz
Westpr. ritt. I. I. B.	3½	100,50G
Pommersche	4	105,80bz
Posensche	4	105,80bz
Preussische	4	105,80bz
Sächsische	4	105,80bz
Schlesische	4	105,80bz

Bergwerks u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	0	133,50B
Arenberger Bergwerk	35	597,75G
Baroper Walzwerk	0	77,50bz
Berzelius	5	121,75G
Bismarckhütte	8	196,00bzG
Bochumer Bergwerk	0	110,10bz
Concordia Bergwerk	5½	140,25bzG
Consolidat. Bergw.-G.	8	209,40bzG
Consol. Marie	0	— —
Duxer Kohlen kon.	12	179,25bz
Eschweiler Bergwerk	3	118,75G
Gelsenkirch. Gusstahl	2	90,00bzG
Georg-Marien-St.-A.	0	68,00bzG
do. St.-Pr	4	109,90bz
Harzer Eisenw. konv.	0	37,75bzG
do. do. St.-Pr.	0	41,50bzG

Leipziger Börse, 18. Februar.

Zt.	M.		
3	Sächs. Rent.-Anl		99,10G
3	do.	1000	99,10G
3	do.	500	99,25G
		Thlr.	
3½	Staatsanl. 1855.	100	99,25G
3½	do. 67 kv. 4%	500	103,60G
3½	Landrentenbr.	500	101,00G
4	Mansf. Gew. 1882	500	101,75G
4½	do. 1879		101,60G
4	do. Em. 1875		101,50G
4	Lpz. Stadtobl. 1884		105,00G
4½	do. 1876		105,00G
3½	Altb. Landoblig.	1000	103,75G
3½	do. do.	5000	103,7 G

Div. Eisenb.-Stamm-Akt.

15	Aussig-Teplt. 500 fl	337,00G
8	Böhm. Westb. 5%	213,50G
11.14	Buschtiehrad. Lit. A	282,00G
10⅝	do. do. B	272,50G
10 fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	111,40B
5	Graz-Köflach	138,00G
2	Mari-nburg-Mlawka	81,00B

Div. Eisenb.-St.-P.-Akt.

5	Dux-Bodenb. Lit. A.	— —
5	do. do. B.	— —
5	Marienburg-Mlawka	123,25G

Div. Bank- u. Kredit-Akt.

10	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	212,00bzG
8	Dresdener Bank	159,40G
5	Gothaer Privatb.	122,00G
6	Leipziger Bank	151,00bzG
4½	Sächs. Bank	122,75B
5	Zwickauer	106,00G

Div. Ind.-Aktien, Fr. und Stamm-Prior.

3	Chemn. Werkz.-M.-Fabr. (Zimmerm.)	121,00B
10	Crollw. Papierfabr.	197,75G
—	5% do. Schuldversch.	103,00G
2	Dörstewitz-Rattm.	57,75G
2	D. W. M. (Sonderm. & Stier) Verz.-A.	78,25G
3	Gerzer Jutesp. u. W	104,75B
5	Germania (Schw. & Sohn)	163,00B
0	Hallesche Str.-B.	92,00G
3½	Kette Elbs.-G.-Akt.	83,50G
0	Körbisd. Zuckerfb.	117,50G

Div.

5½	Leipz. Baubank	103,00G
—	do Elektr.-Werke	153,25B
8	do. elektr. Strassenb.	151,00bzB
10	do. Bierbr. Reudn., v. Riebeck & Co.	204,25G
7	Lpz. Kammgarnsp.	213,50G
7	do. Maltz. Schkeud.	136,00G
1	Mansfelder Kux	421,00G
1	Sächs. Kammg.-Sp. (Solbrig)	118,70bzG
8	Sächs. Masch.-Fabr. (Hartmann)	180,50G
10	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	287,00B
10	Thür. Gasges. Lpz.	194,00G
10	do. Stamm-Pr.	194,00G
5½	S.-Thür. Br.-V. St.	123,00B
5½	do. St.-Prior	129,00B
10	Zeitzer Par. u. S.-A.	96,40G
—	do. do. Oblig	106,50G
4½	Zuckerfab. Glauzig	112,0 G
6½	Zuckerraff. Halle	130,00G

Ausl. Eisenb.-P.-Obl.

4	Aussig-Teplitzer	102,25G
5	Böhm. Nordbahn	108,50G
4	do. do. Gold	102,60B
5	Buschtihr. (B Wdw.	109,25G
5	do. Em. 1871	109,25G
5	do. do. 1872	109,25G
4½	do. Gold	104,40G
5	Dux-Bodenbach	107,50G
5	do. Em. 1871	107,00G
5	do. do. 1874	— —
4½	Graz-Köflacher	101,00G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	103,75G
4	Kaschau-Oderberg	— —
4	Prag-Dux Gold	101,20G
5	do. Gold	— —
5	Prag-Turnau	— —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960219020/fragment/page=0002